

Niederschrift

über die 4. öffentliche Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Mittwoch, dem **02.05.2007**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 03.04.2007**
- 4. Planfeststellungsbeschluss für den Bau des JadeWeserPorts
Vorlage: 048/2007**
- 5. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Sande
Vorlage: 058/2007**
- 6. Baumschutz**
- 7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Andreas Schindler als Ausschussvorsitzender
Ratsherr Jörg Beutz
Ratsfrau Petra Ducci
Ratsherr Erich Janßen bis 18.30 Uhr
Ratsherr Wilfried Rost

Vertreter/in

Beigeordneter Frank David Vertretung für Herrn Ratsherr Holger Mehrle
Ratsfrau Manuela Mohr Vertretung für Herrn Ratsherr Engelbert Wulfert

Zuhörer/in

Ratsfrau Christel Bohlen
Beigeordneter Folkert Feeken
Ratsherr Dieter Günther
Ratsfrau Sandra Martsfeld

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeinspektorin Nadine Krösche als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Schindler, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Dem Antrag des Bürgermeisters, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um einen Punkt zu ergänzen, wurde einstimmig gefolgt.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 03.04.2007**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Planfeststellungsbeschluss für den Bau des JadeWeserPorts**
Vorlage: 048/2007

Bürgermeister Wesselmann informierte einleitend über den derzeitigen Sachstand und vertrat die Auffassung, nicht gegen den Planfeststellungsbeschluss zu klagen. Ein entsprechender Beschluss sollte auch eine Signalwirkung für die Bürger haben. Da durch die Zusage der Umgehung die geforderten Ziele der Gemeinde erreicht wurden, kann auch die vorab signalisierte Unterstützung von Klagen der Sander Bürger in dieser Angelegenheit nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Dieser Ansicht schloss sich die SPD-Fraktion mit der Begründung an, dass eine Klage keinen Sinn macht und von daher auch den Bürgern die Empfehlung ausgesprochen werden sollte, nicht gegen den Beschluss zu klagen.

Seitens der CDU-Fraktion wurde verdeutlicht, dass mit der Zusage einer Bahnumgehung das erreicht wurde, was mit den Einwendungen begehrt wurde. Die Gemeinde Sande müsste dankbar für diese Entwicklung sein, so dass ebenfalls angeregt wurde, nicht zu klagen.

Die CDF-Fraktion sprach sich ebenfalls gegen eine Klage aus, da der JadeWeserPort als zukunftsträchtiges Projekt gebraucht wird. Es wurde allen denen Hochachtung gezollt, die für die Bahnumgehung gekämpft haben.

Von der Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen wurde vorgetragen, dass neben der Freude über die Zusage der Umgehung auch die daraus entstehenden Nachteile diskutiert werden müssen. So muss sichergestellt werden, dass kein Gemeindeteil durch die Umfahrung abgebunden wird. Da die Einwendungen der Gemeinde Sande im Planfeststellungsbeschluss pauschal abgewiesen wurden, sollte nicht pauschal eine Klage ausgeschlossen werden.

Der Vertreter der WBS erklärte, dass eines der Wahlziele der Wählergruppe durch die Zusage des Ministerpräsidenten erreicht ist und die Wählergruppe mit Unterstützung des Bürgermeisters und der Medien zu einem erheblichen Teil dazu beigetragen hat. Eine Klage gegen den Beschluss ist aus ihrer Sicht abwegig.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Sande erhebt keine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Jade Weser Port.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme

5. **Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Sande**
Vorlage: 058/2007

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 2 (1) BauGB in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 1359) beschließt der Rat der Gemeinde Sande die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes mit Begründung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Baumschutz**

Die Gruppe FDP/Bündnis90-die Grünen stellte dem Ausschuss die Gründe für den Antrag auf Erlass einer Baumschutzsatzung vor. Dabei wurde verdeutlicht, dass Bäume geschützt werden sollen, die eine besondere Bedeutung für die Gemeinde Sande haben. Die Gemeinde habe es den Bürgern z. B. an der Deichstraße vorgemacht, dass es sich lohnt, Bäume zu behandeln bzw. zu beschneiden und nicht gleich zu fällen. Von daher wurde vorgeschlagen, eine Baumschutzsatzung zu erlassen.

Die SPD-Fraktion wies auf die Abholzaktionen der vergangenen Monate hin und bemängelte, dass der Wert der Bäume unterschätzt wird. Seitens der Fraktion wurde darauf hingewiesen, dass neben dem Erlass einer Baumschutzsatzung auch die Errichtung eines Baumschutzkatasters in Frage kommt. Hierfür wäre es jedoch erforderlich, dass externe Fachkräfte für die Erfassung der Bäume beauftragt werden, möglicherweise in Zusammenarbeit mit der ARGE.

Die CDF-Fraktion begrüßte die Entscheidung, erneut über das Thema Baumschutz zu diskutieren, da der Raubbau eingeschränkt werden müsse. Beide Alternativen, entweder Satzung oder Kataster würden diesem Ziel dienlich sein.

Seitens der CDU-Fraktion wurde die Auffassung vertreten, dass ein Baumschutzkataster sinnvoll ist, da nicht alle Bäume schützenswert sind und von daher eine Satzung entbehrlich ist. Es sollte bei den laufenden Diskussionen über verschiedene Abholzaktionen dennoch nicht außer Betracht gelassen werden, dass auch viele neue Bäume im Gemeindegebiet gepflanzt wurden und werden.

Die Verwaltung erklärte, dass die Aufstellung eines Baumschutzkatasters seitens der Verwaltung nicht leistbar ist, es jedoch geprüft werden kann, ob Möglichkeiten durch die Zusammenarbeit mit der ARGE bestehen. Alternativ müssten entsprechende Haushaltsmittel in Höhe von rund 25.000 € für die Erstellung eines Katasters durch ein Fachbüro veranschlagt werden.

Die Einrichtung einer befristeten Arbeitsstelle wurde als Möglichkeit neben der Zusammenarbeit mit der ARGE gesehen. Es wurde herausgestellt, dass es wichtig ist, dass das Bewusstsein und das Verantwortungsgefühl der Bürger zum Schutz von Bäumen geweckt wird.

Im Ausschuss wurden die Vor- und Nachteile der jeweiligen Alternativen ausgetauscht. Man einigte sich darauf, dass dem Vorschlag der Verwaltung, Erfahrungsberichte anderer Kommunen abzufragen, gefolgt wird und bei Vorliegen der Informationen über den Antrag der Gruppe FDP/Bündnis90-die Grünen abgestimmt wird. Zur nächsten Beratung wird die Verwaltung eine Übersicht über die bereits durch Bebauungspläne geschützten Bäume zur Verfügung stellen.

7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Bürgermeister verwies auf den allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellten Gesprächsvermerk vom 20.04.2007 zum Thema Bahnumgehung und trug den Inhalt einleitend vor.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Fragen der Einwohner zugelassen werden.

Ein Bürger erkundigte sich, ob für Altenhof auch Lärmschutz vorgesehen ist, woraufhin Bürgermeister Wesselmann ausführte, dass, da es sich um eine Neubaustrecke handelt, Lärmschutz vorgesehen ist. Ob diese Maßnahmen nun aktiv oder passiv sind, wird sich noch herausstellen. Bezüglich weiterer Klagemöglichkeiten wurde dargelegt, dass zum Verlauf der neuen Trassenführung ein Planfeststellungsbeschluss erforderlich ist, gegen den geklagt werden kann.

Es wurde hinterfragt, ob die Bahn alternativ geprüft hat, die Gleisanlagen auf Stelzen zu stellen um auf einen Wall verzichten zu können. Hierzu erklärte der Bürgermeister, dass die Informationen der Bahn AG auf den Bau eines Walls basieren, es wird jedoch davon ausgegangen, dass intern geprüft wurde, ob andere Alternativen auch in Betracht kommen.

Auf Nachfrage des Landwirtes Hinrichs erläuterte der Bürgermeister, dass eine Wahlmöglichkeit zwischen der West- und Nordvariante vom Ministerpräsidenten zu dem Zeitpunkt zugesagt wurde, als noch keine Kosten ermittelt wurden. Seit dem die Kosten feststehen, ist seitens der Bahn AG entschieden worden, dass nur nach dem Ei-

senbahnkreuzungsgesetz abgerechnet werden kann, so dass nur noch die Nordtrasse in Frage kommt. Die dritte Variante wurde nicht weiter vorgestellt, weil bei der Planung die K 312 abgebunden werden würde und bei dieser Variante eine weitere Maßnahme nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz erforderlich wäre. Durch das Abbinden der Kreisstraße müsste der gesamte Verkehr über die Industriestraße geführt werden und dann per Unter- oder Überführung in den Ort geleitet werden.

Ein Ausschussmitglied sprach sich aufgrund des Gefährdungspotenzials gegen eine Unterführung am Bahnübergang Deichstraße aus.

Es wurde von einem Ausschussmitglied vorgeschlagen, eine alte Straßenführung in Cäciliengroden, gegenüber der Kirche, in Richtung Oldenburger Damm aufleben zu lassen, um eine Anbindung Cäciliengrodens an den Ort Sande zu gewährleisten.

Diesem Vorschlag wurde mit der Begründung widersprochen, dass Cäciliengroden eine vernünftige Anbindung benötigt, damit keine Kaufkraftabflüsse nach Wilhelmshaven entstehen.

Schluss der Sitzung: 18:45 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin